

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Schul-, Sport- und Kulturausschuss
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 15.02.2011
Sitzung Nummer:	16 (SSKA/16/2011)
Sitzungsdauer:	17:00 - 19:45 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Edith Braun
Vorsitzende

Sabine Herzog
Protokollführerin

Anwesend:

Vorsitz

Frau Edith Braun

Mitglieder

Herr Günter Bartels

Herr Horst Janas

zeitweise

nimmt als Vertreter von Herrn Bartels an der weiteren Sitzung teil

Herr Bernd Prange

Herr Dr. Henning Richter-Mendau

Herr Peter Zimmermann

beratende Mitglieder

Herr Frank Wiese

verläßt 18.00 Uhr die Sitzung aus Krankheitsgründen

sachkundige Einwohner

Frau Grit Dräger

Herr Dr. Gerd Heckenberger

Frau Karin Köppe

Herr Sven Oeberst

trifft 18.15 Uhr zur Sitzung ein; vorher entschuldigt

Protokollführer

Frau Sabine Herzog

von der Verwaltung

Frau Dr. Ulrike Bergmann

Herr Matthias Claus

Herr Michael Heim

Frau Annemarie Theil

zeitweise

Abwesend:

Mitglieder

Herr Rüdiger Kloth

Herr Tiemo Schönwald

sachkundige Einwohner

Frau Rosemarie Dizner

Herr Wolfgang Liebisch

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
 - 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 15. Sitzung vom 18.01.2011
 - 4 Informationen zur Arbeit des Kreissportbundes
 - 4.1 Informationen zur Arbeit der Sportvereine im Landkreis Stendal
 - 4.2 Informationen zur Sportstättenförderung 2011
 - 5 Jahresbilanz 2010 der Kultureinrichtungen des Landkreises Stendal
 - 5.1 Kreisvolkshochschule
Berichterstatterin: Frau Krüger
 - 5.2 Kreismusikschule "Ferdinand Vogel"
Berichterstatter: Herr Simeonov
 - 5.3 Museen des Landkreises Stendal
Berichterstatter: Herr Hoche
 - 5.4 Fahrbibliothek des Landkreises Stendal
Berichterstatter: Frau Bütow
 - 6 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für den Landkreis Stendal
hier: Grundschulen Rochau und "Nord" Stendal
Vorlage: 214/2011
 - 7 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für den Landkreis Stendal
hier: Grundschule Sanne und Grundschule "Nord" Stendal
Vorlage: 215/2011
 - 8 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Frau Braun eröffnet um 17.00 Uhr die 16. Sitzung des Fachausschusses im Landratsamt Stendal, Sitzungsraum „Osterburg“ und begrüßt alle Anwesenden.

Sie bittet im Folgenden um einen zügigen Ablauf der Sitzung, da die Tagesordnung sehr umfangreich ist. Die einzelnen Redner aus den Einrichtungen mögen sich bitte an eine Redezeit von 5 min halten. Die gegebenen Berichte der Kultureinrichtungen werden mit dem Protokoll versandt.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Frau Braun stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Der Ausschuss ist beschlussfähig.

Von den Mitgliedern des Ausschusses fehlen Herr Kloth, Herr Schönwald, Frau Dizner und Herr Liebisch. Herr Bartels wird die Sitzung vorzeitig verlassen und danach durch Herrn Janas vertreten. Herr Wiese wird aus Krankheitsgründen nicht an der gesamten Sitzung teilnehmen.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 15. Sitzung vom 18.01.2011

Die Niederschrift ist allen fristgemäß zugegangen.

Da es keine Anmerkungen gibt, gilt die Niederschrift der 15. Sitzung vom 18.01.2011 als festgestellt.

zu TOP 4 Informationen zur Arbeit des Kreissportbundes

Zu diesem TOP übergibt Frau Braun das Wort an die Vertreter des Kreissportbundes (KSB).

Dazu ergreift zuerst die Präsidentin Frau Schulz das Wort. Sie bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit dem Fachausschuss, der den KSB seit Jahren bei seiner Arbeit unterstützt.

Da ihre Kollegen nicht allen bekannt sind, stellt sie diese noch einmal vor: Frau Schatte, als amtierende Geschäftsführerin des KSB, Frau Schulz, als Präsidentin des KSB, Herrn Wille, als Vizepräsident des KSB und Herrn Dr. Seibicke, als Verantwortlichen für die Sportstättenförderung.

Danach wird ein vorbereitetes Informationsmaterial des KSB an alle Anwesenden übergeben.

zu TOP Informationen zur Arbeit der Sportvereine im Landkreis Stendal

4.1

Frau Schatte erläutert ausführlich das ausgegebene Informationsmaterial und gibt einen Überblick über die Entwicklung des KSB mit dem Stand vom 01.01.2011.

Der KSB kann auf eine gute Arbeit im Jahr 2010 verweisen und trotz Mitgliederrückgang von 223 Mitgliedern zufrieden sein. Insbesondere gibt es eine gute Nachwuchsarbeit bei den Vierzehn- bis Siebzehnjährigen. Es gibt auch immer mehr Senioren, die im Verein Sport treiben.

Sie lobt, dass über 3.000 Bürger im Landkreis ehrenamtlich für den Sport arbeiten, ohne die diese erreichten Leistungen nicht möglich wären und hofft, dass die jährliche Investition in die Sportförderung ertragreich und gewinnbringend ist.

Frau Braun dankt Frau Schatte für die Ausführungen, wünscht ihr alles Gute in ihrem neuen Amt und für ihre Arbeit.

Sie übergibt das Wort an Herrn Dr. Seibicke.

zu TOP Informationen zur Sportstättenförderung 2011

4.2

Für 2011 seien bislang 8 Vorhaben geplant, wobei noch der „Feinschliff“ fehle, so Dr. Wolfgang Seibicke. Viel mehr lasse sich noch nicht sagen, zumal anderswo vermutlich weitere Projekte mit Mischfinanzierungen angemeldet wurden. Neubau ist fast nicht mehr möglich, es gehe hauptsächlich um Erweiterungen oder Sanierungen von Objekten mit einer Co-Finanzierung des Landes. Im Jahr 2010 konnten 11 Projekte im Wert von etwa 200.000 Euro umgesetzt werden.

Frau Braun stellt die Frage, ob der Eigenanteil dafür von den jeweiligen Gemeinden zugesichert wurde?

Herr Dr. Seibicke antwortet darauf, dass man Zusagen auf Unterstützung von den Gemeinden bekommen habe.

Herr Wille informiert, dass es mit Beginn des Jahres 2011 eine neue Förderrichtlinie gibt. Sie beinhaltet auch einen neuen Antragstermin zur Anmeldung der Vorhaben, der schwer zu handhaben ist.

Bisher legten die Sportvereine ihre Anträge bis zum 13.08. des Vorjahres beim KSB vor, dann gingen diese Anträge zum LSB und mussten bis zum 01.11. beim Landesverwaltungsamt vorliegen (Beispiel: 13.08.2010 Anmeldung für Förderung im Jahr 2011).

Nach der neuen Förderrichtlinie müssen die Anträge erstmalig am 30.06.2011 im Landesverwaltungsamt für die Förderung in 2012 vorliegen. Künftig dann immer zum 30.06. für das darauf folgende Förderjahr.

Das heißt für die Vereine, dass sie zum einen noch gar nicht wissen, ob sie 2011 eventuell gefördert werden und zum anderen liegt nunmehr zwangsläufig der Anmeldezeitraum beim KSB dermaßen früh, dass die Gemeinden unter Umständen noch keine Finanzierungszusage machen können.

Notfalls müsste noch einmal mit den Landtagsabgeordneten geredet werden, wie hier die Termine zukünftig zu setzen sind.

Frau Braun meint, dieses widerspreche unserem Rechtsverständnis.

Wir haben eine Förderrichtlinie des Landkreises und das Land dürfe sich nicht darüber hinwegsetzen. Es habe bisher immer gut funktioniert und die haushaltsrechtliche Zusammenarbeit wurde immer gesichert. So wird auch weiterhin die Unterstützung vom Landkreis Stendal zugesagt.

Die Mitglieder des Fachausschusses stimmen dem zu .

Frau Braun bedankt sich bei den Vertretern des KSB für die Teilnahme.

zu TOP 5 Jahresbilanz 2010 der Kultureinrichtungen des Landkreises Stendal

Die Vorsitzende, Frau Braun ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet die einzelnen Leiter/innen der kulturellen Einrichtungen des Landkreises Stendal um ihren Bericht.

Die Berichte werden der Niederschrift als Anlage beigelegt.

zu TOP Kreisvolkshochschule 5.1 Berichterstatte: Frau Krüger

Frau Krüger lobt eingangs die Zusammenarbeit mit den anderen kulturellen Einrichtungen des Landkreises Stendal und verweist auf das Jahresprogramm der Kreisvolkshochschule (KVHS), welches die Arbeitsgrundlage für das Jahr ist und zum Jahresanfang an 44.000 Haushalte des Landkreises verteilt wurde.

Im weiteren Verlauf gibt sie einen Rückblick auf das Jahr 2010 (Siehe: Anlage 1).

Neu seit Oktober 2010 ist, dass die KVHS als Beratungsstelle für die Bildungsprämie Erwerbstätiger fungiert.

Frau Braun dankt Frau Krüger für die Ausführungen und lobt die geleistete Arbeit der Mitarbeiter/innen.

Sie stellt die Anfrage, in welcher Weise die Beratung für die Bildungsprämie erfolgt.

Frau Krüger berichtet, dass für den Landkreis Stendal ein Kontingent für 115 Bildungsgutscheine zur Verfügung stehen und dass inzwischen 50 Stück nach den entsprechenden Beratungen ausgegeben wurden.

Die Weiterbildungswilligen kommen aus den verschiedensten Berufsgruppen und hatten auch sehr unterschiedliche Weiterbildungsziele bzw. feste Vorstellungen.

Sie verweist darauf, dass für die Ausübung der Beratungsstelle ein Zertifikat notwendig ist, welches ständig neu erworben und verteidigt werden muss. Das jetzt gültige Zertifikat ist befristet bis Dezember 2011.

Frau Braun findet dieses Angebot der KVHS prima und sehr positiv.

Die KVHS bekommt dadurch einen anderen Stellenwert, denn die Erwerbstätigen brauchen nicht mehr ins Jobcenter, sondern können zur KVHS gehen.

Aber auch auf anderen Gebieten ist die Entwicklung der KVHS positiv zu sehen, z.B. bei Gesundheitskursen und Sprachkursen .

Sie sagt für die weitere Arbeit die Unterstützung durch den Fachausschuss zu.

zu TOP 5.2 Kreismusikschule "Ferdinand Vogel"
Berichterstatter: Herr Simeonov

Herr Simeonov dankt für das Wort, zieht eine Bilanz für das Jahr 2010 und gibt einen Ausblick auf das Jahr 2011 (siehe: Anlage 2). Er verweist insbesondere auf die staatliche Anerkennung und das erworbene Qualitätssiegel für Musikschulen, welches am 26.11.2010 durch das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt an die Kreismusikschule verliehen wurde. Die Einrichtung ist nun staatlich anerkannt, was nicht zuletzt für den Erhalt der Landesmittel künftig wichtig sei.

Frau Braun gratuliert Herrn Simeonov zum Zertifikat und spricht die Anerkennung des Fachausschusses für die geleistete Arbeit aus.
Sie dankt der Arbeitsgruppe für die geleistete Arbeit.

Frau Theil spricht ebenfalls ihre Anerkennung und ihren Dank an die „Akteure“ aus und gibt den Hinweis, dass die zwei übergebenen Tafeln einmal in Havelberg und einmal in Osterburg angebracht werden, wo gerade der Umbau des Gebäudes in der Bahnhofstraße über das K II-Mittel-Programm erfolgt.

Frau Dr. Bergmann ergänzt, dass damit alle kreislichen Kultureinrichtungen ein derartiges Siegel hätten, was in regelmäßigen Abständen neu verteidigt werden muss. Sie richtet den Dank an alle Mitarbeiter/innen in den einzelnen Einrichtungen.

Da es keine weiteren Anfragen zum Bericht gibt, übergibt Frau Braun im folgenden das Wort an Herrn Hoche.

zu TOP 5.3 Museen des Landkreises Stendal
Berichterstatter: Herr Hoche

Herr Hoche verweist in seinem Jahresrückblick 2010 auf 6 Schwerpunkte, die sich in der Anlage zur Niederschrift wiederfinden (siehe: Anlage 3).

Im Prignitz-Museum Havelberg und im Kreismuseum Osterburg konnten im vergangenen Jahr 16.479 Besucher zu verschiedenen Höhepunkten gezählt werden. Dies sei eine normale Zahlenentwicklung und ein gutes Ergebnis.

Das Qualitätssiegel Service Qualität Deutschland in Sachsen-Anhalt durch den Landestourismusverband Sachsen-Anhalt konnte für ein weiteres Jahr verteidigt werden.

Frau Braun lobt im Namen des Fachausschusses die geleistete Arbeit.
Sie bittet Herrn Hoche, dem Förderverein für den Einbau des Behindertenaufzuges im Prignitz - Museum zu danken.

zu TOP 5.4 Fahrbibliothek des Landkreises Stendal
Berichterstatter: Frau Bütow

Frau Bütow berichtet, dass die Fahrbücherei des Landkreises Stendal auch im Jahr 2010 ihren steten Erfolg fortsetzen konnte. Dies ist Dank der Mittel des Landkreises und der Kulturförderung des Landes Sachsen-Anhalt zum Kauf von Medien möglich. Sie berichtet weiterhin über ein erreichtes Niveau von rund 75.000 Entleihungen im Jahr 2010, dem Projekt „Literatur und Schule im Landkreis Stendal“, der Teilnahme am Zertifizierungsverfahren zur Verleihung des Qualitätssiegels der Stufe 2 im Sommer 2011 sowie über den Ausblick für das Jahr 2011.

Die Ausführungen sind als Anlage der Niederschrift beigefügt (siehe: Anlage 4).

Frau Braun dankt Frau Bütow für die Ausführungen und verweist insbesondere auf das Projekt „Literatur und Schule im Landkreis Stendal“. Diese Lesereihen werden in den Grundschulen begeistert angenommen und sie selbst habe diese schon eröffnet oder beendet.

Durch den Bücherbus können Medien ausgetauscht werden und durch Sponsoring konnte der Bestand ständig wachsen. Die Kinder selbst werden mit Unterstützung der Mitarbeiterinnen an die Bibliotheksnutzung herangeführt und dieses ist ein Novum im Landkreis Stendal.

Die Arbeit des Bücherbusses ist als sogenannte freiwillige Aufgabe weiterhin zu unterstützen. Dafür sind im Haushaltsplan jährlich 10.000 Euro vorzusehen. Der Bücherbus, der derzeit im Einsatz ist, wird in diesem Jahr 10 Jahre alt (28. Februar 2011).

Herr Dr. Richter-Mendau interessiert, ob auch Fernleihen vermittelt werden.

Frau Bütow bejaht diese Frage. Fernleihen sind möglich und werden auch immer mehr in Anspruch genommen.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, schließt Frau Braun den TOP 5. Sie richtet noch einmal den Dank an die Leiter/innen und Mitarbeiter/innen der Kultureinrichtungen und wünscht ihnen alles Gute für die weitere Arbeit.

**zu TOP 6 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für den Landkreis Stendal
hier: Grundschulen Rochau und "Nord" Stendal
Vorlage: 214/2011**

Frau Braun begrüßt Herrn Oeberst, der verspätet eingetroffen ist und Herrn Trumpf, als Verbandsgemeindebürgermeister der Verbandsgemeinde Arneburg- Goldbeck.

Sie eröffnet die Diskussion zu den Drucksachen 214/2011 und 215/2011. Beide können zusammen besprochen werden, da sie vom Grunde die gleiche Thematik beinhalten und die Hansestadt Stendal sowie die Verbandsgemeinde Arneburg – Goldbeck betreffen.

Herr Zimmermann stellt fest, dass die vorliegenden Beschlussvorlagen große Auswirkungen für die Grundschulen Rochau und Sanne haben werden. Er hätte sich eine frühere Einbeziehung gewünscht, und meint, der Werdegang wäre verkehrt herum und die Stadt Stendal stelle den Landkreis vor vollendete Tatsachen. Außerdem sieht er den jetzigen Zeitpunkt als nicht angebracht an.

Frau Braun sieht dies genauso und erinnert an den Grundsatzbeschluss des Kreistages, keine Lerneinrichtungen mehr schließen zu wollen. Auch sollte der betroffenen Verbandsgemeinde Arneburg - Goldbeck mit zur Zeit sieben Grundschulen Zeit für ein eigenes Konzept gelassen werden. Und überhaupt: Der mittelfristige Schulentwicklungsplan des Landkreises gelte bis 2013/14. Es bestehe keine Notwendigkeit, so kurz nach der Gebietsreform etwas zu ändern.

Sie appelliert an die Vernunft der Stadt Stendal, zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in den Prozess einzugreifen, sondern zu warten, bis Konzepte der Verbandsgemeinde Arneburg - Goldbeck vorliegen.

Herr Dr. Richter-Mendau schlägt vor, dem Amtsleiter der Stadt Stendal, Herrn Mehlkopf sowie dem Verbandsgemeindebürgermeister, Herrn Trumpf Rederecht zu erteilen, um die Problematik sachlich und fachlich erörtern zu können.

Frau Braun lässt darüber abstimmen und auch über Rederecht für das anwesende Gemeinderatsmitglied der Gemeinde Rochau, Herrn Dobberkau und Herrn Packebusch aus der Gemeinde Rochau. Die Fachausschussmitglieder sind einstimmig dafür.

Herr Mehlkopf betont, dass die Stadt Stendal das Recht auf die Neuordnung der Schulbezirke habe, u.a. deswegen, weil die Stadt Stendal jedes Jahr 35.000 Euro Gastschulbeiträge für Kinder der Stadt zahlt. Die aktuellen Anträge stellen einen abgestimmten Kompromiss zwischen der Verbandsgemeinde Arneburg – Golbeck und der Stadt Stendal dar, denn die Eltern könnten ab 2011/12 noch entscheiden, ob sie ihre Kinder in die Grundschule Rochau bzw. Sanne oder eben in die Stendaler Grundschule „Nord“ einschulen möchten. Zur Übernahme der Kosten ist ebenfalls eine Regelung gefunden worden. Die Verbandsgemeinde Arneburg – Goldbeck übernimmt

die Differenz der Kosten, um die die Beschulung in den beiden Grundschulen teurer ist, als eine Beschulung in der Grundschule „Nord“.

Er erklärt, dass die Stadt Stendal ihren Antrag auf Änderung der Schulentwicklungsplanung vom 16.12.2010 und die Ergänzung zum Antrag vom 28.01.2011 nicht zurücknehmen wird.

Herr Trumpf erläutert, dass die Grundschulstandorte in der Verbandsgemeinde so lange wie möglich bzw. überhaupt erhalten werden sollen.

Aufgrund der großen Fläche kommt es in den einzelnen Grundschulstandorten zu Schnittmengen und nur dadurch seien die 7 Grundschulen in seiner Verbandsgemeinde noch da.

Deshalb seien mit der Stadt Stendal Verhandlungen aufgenommen worden, es liegt auch ein erstes Konzept vor. Es sei ein langwieriger Prozess und deshalb sei man erst einmal an Kompromissen interessiert. Perspektivisch sieht er den Zeitraum bis 2013/14. In diesem Zeitraum sind detaillierte Untersuchungen vorzunehmen sowie Gespräche mit den Schulleitern der Grundschulen Rochau und Sanne zu führen, um ein schlüssiges Konzept zu erarbeiten.

Frau Dr. Bergmann ergänzt, dass die vorliegenden Beschlussvorlagen nur die Öffnung der Schulbezirke in Form der gleichberechtigten Zuordnung zu den jeweiligen Grundschulen und der Grundschule „Nord“ beinhaltet und dementsprechend den Eltern ein Wahlrecht eingeräumt wird.

Der Punkt 3 des Antrages der Stadt Stendal ist kein Bestandteil der o.g. Drucksachen, da dieser dem Zeitraum einer neuen Schulentwicklungsplanung unterliegt.

Die genehmigte Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 ist eine Rahmenplanung, aber jährlich fortzuschreiben, wenn sich entsprechende Veränderungen ergeben oder auch dann, wenn Änderungsanträge vorliegen.

Frau Braun meint, dass hier noch einige Probleme zu klären sind, denn das eine zieht das andere nach sich. Es wäre der ländliche Raum betroffen und es würden z.B. Konsequenzen für die Schülerbeförderung eintreten.

Herr Mehlkopf antwortet darauf, dass das Teil des Kompromisses sei.

Frau Braun führt die Bereitschaft der Verbandsgemeinde Arneburg - Goldbeck an, die Kosten der auswärtigen Beschulung zu tragen.

Herr Dr. Richter - Mendau meint, Frau Braun versuche die Beschlussfassung zu beeinflussen und sie informiere die Mitglieder des Fachausschusses zu einseitig darüber. Es gibt durch den Gebietsänderungsvertrag klare Festlegungen und eine klare Rechtslage, z.B. durch die Gebietsänderungsverträge. Man könne sich auf Grund der demographischen Entwicklung nicht ewig gegen solche Beschlüsse stemmen und das müsse auch sie akzeptieren.

Frau Braun entgegnet darauf, sie sehe für die Beschlussfassung keine Not.

Die Bestandskraft der Schulen sei festgeschrieben und so lange das erfüllt ist, sollten keine Änderungen eintreten. Sie sieht mit der Öffnung und der Neuordnung die genannten Grundschulen Rochau und Sanne als gefährdet.

Herr Mehlkopf meint, sie seien trotzdem gefährdet, da die Mindest -Eingangsklassenzahl von 10 Schülern nicht mehr erreicht wird.

Frau Braun entgegnet darauf, dieses könne man nicht so sehen, wenn einmal die Zahl von 10 Schüler/innen für eine Eingangsklasse nicht erfüllt wird.

Herr Packebusch spricht als ehemaliges Gemeinderatsmitglied und als Elternteil.

Er steht kurz vor der Einschulung seines Kindes und stellt sich jetzt natürlich die Frage, ob er sein Kind in Rochau oder gleich in Stendal einschulen lässt. Nach der bisherigen Diskussion wäre dieses die Konsequenz für ihn, denn er möchte seinem Kind nicht zumuten, 2011/12 in Rochau eingeschult zu werden und dann 2014/15 nach Stendal zu wechseln.

Er kann die Stadt Stendal verstehen, aber wichtig ist erst einmal zu klären, worauf sich die Eltern verlassen können. Er richtet den Appell an alle Verantwortlichen, hier so schnell als möglich eine Entscheidung zu fällen.

Herr Dobberkau stimmt dem zu. Es sei alles gesagt.

Frau Braun gibt den beiden Vorrednern Recht. Man müsse sich auf die Pläne verlassen können und in die Schullandschaft müsse Ruhe einziehen. Zurzeit werden keine Veränderungen gewünscht. Es bleibt auch die Frage offen, wer dann die Schülerbeförderung bezahlt.

Herr Zimmermann äußert, dass man an den Diskussionsbeiträgen erkennt, dass die Öffnung für die Neuordnung der Schulbezirke große Auswirkungen hat. Er würde der Stadt Stendal empfehlen, den Kompromiss mit der Verbandsgemeinde Arneburg - Goldbeck zu verlängern und noch einmal über die ganze Problematik nachzudenken.

Es könne nicht sein, dass man 2009 einstimmig den Beschluss gefasst habe, keine Grundschule mehr zu schließen, dann sei aber 2010 die Grundschule Krüden geschlossen worden, was dem widerspricht. Man könne nicht heute so beschließen und morgen so.

Herr Dr. Richter- Mendau entgegnet darauf, hier habe die Weitsicht gefehlt.

Die Zeit sei sehr kurzlebig und man könne nicht beschließen, keine Schulen mehr zu schließen.

Frau Braun entgegnet darauf, dass die Planbarkeit für Grundschulen 4 Jahre beträgt und sie somit für 4 Jahre Bestandskraft haben soll. Die nächste Schulentwicklungsplanung greift erst 2014/15. Das stehe so im Gesetz.

Frau Theil betont, dass eine jährliche Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung erfolgen muss, wenn sich die Bedingungen ändern. Grundlage ist die vollzogene Gebietsreform zum 01.07.2010. Die Stadt Stendal habe im vorliegenden Fall das Recht auf ihrer Seite und könne es gegebenenfalls auch vor Gericht einklagen. Sie verweist auf das Schreiben der Stadt Stendal vom 28.01.2011, letzter Satz, der klar sagt, dass die Stadt auch rechtliche Schritte einleiten würde.

Frau Dr. Bergmann ergänzt dazu, dass die Schulentwicklungsplanung eine Verordnung ist und kein Gesetz. Die Verordnung zur Schulentwicklungsplanung definiert bestimmte Dinge. Danach ist diese jährlich zu kontrollieren und bei Änderungen fortzuschreiben.

Man habe auch noch nicht mit dem Landesverwaltungsamt über die vorliegende Situation gesprochen.

In der derzeit genehmigten Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung ist eine ähnliche Variante verankert: Die Eltern der Gemeinde Königsmark können ihre Kinder in den Grundschulen Osterburg und Iden einschulen. Es besteht aber ein wesentlicher Unterschied, denn die Gemeinde Königsmark ist selbst kein Schulträger. Die Stadt Stendal ist aber eine Schulträgergemeinde. Bei der Anhörung zur Schulentwicklungsplanung hat man zugestimmt, wenn für einen Ort zwei Schuleinzugsbezirke gewollt sind, wie bei Königsmark. Man hat aber auch klar gesagt, dass man einer Schulträgergemeinde stärker folgen würde, wenn es von ihrer Seite her nicht gewollt ist. Nur sehr lange Schulwege würden dem entgegen stehen, was man für keinen der betroffenen Orte nachweisen könnte, denn der müsste länger als 30 Minuten dauern.

Frau Braun entgegnet darauf, dass aber der Vater Herr Packebusch vorhin gerade gesagt hat, dies widerspricht dem menschlichen Verständnis.

In der Verordnung zur Durchsetzung der Schulentwicklungsplanung ist festgelegt, wenn sich etwas Wesentliches verändert.

Hier ändert sich im Moment gar nichts, außer dass ein Antrag der Stadt Stendal vorliegt.

Herr Prange meint auch, dass die Stadt Stendal die Ausschussmitglieder vor vollendete Tatsachen stellt. Er findet die Art und Weise nicht in Ordnung. Warum solle man überhaupt noch ein Votum abgeben? Der Antrag der Stadt Stendal liegt vor. Jetzt gilt es nur noch, darüber abzustimmen.

Frau Braun entgegnet darauf, man sollte sich nicht gegenseitig zerfleischen.

Frau Theil bittet um Sachlichkeit, gerade auch der Verwaltung gegenüber. Sie und Frau Dr. Bergmann haben lediglich rechtliche Hinweise zur Schulentwicklungsplanung gegeben und das muss ausgesprochen werden.

Frau Braun hat die Formulierung des Schreibens der Stadt Stendal vom 28.01.2011 als Drohung verstanden, wenn es dort heißt: „Im Falle einer Nichteinigung behält sich der Stadtrat die Rücknahme des Beschlusses und damit des Antrages an den Kreistag vor. Danach würde eine Neubeantragung erfolgen, welche die komplette

Zuordnung der Ortsteile zu Stendaler Grundschulen vorsieht. Dieser dann neue Antrag würde mit allen verwaltungsrechtlichen Möglichkeiten betrieben.“

Sie fragt sich, ebenso wie Herr Prange und Herr Zimmermann, warum hier das Votum überhaupt noch abgegeben werden soll.

Frau Dr. Bergmann äußert dazu, dass der Schulentwicklungsplan laut Schulgesetz festgestellt wird, um Planungssicherheit zu bekommen, aber das Landesverwaltungsamt ist nun mal die Genehmigungsbehörde.

Frau Braun fragt: Und wer denkt an die Planungssicherheit der Eltern?

Herrn Dr. Richter-Mendau missfällt die Umgangsweise im Fachausschuss und der Stil der Durchführung, heute ganz besonders. Hier schlagen Gefühle und Emotionen hoch, aber die Gesetzeslage ist nicht zu ändern.

Frau Braun erklärt nochmals, dass sie sich auf die genehmigte Schulentwicklungsplanung beziehe.

Herr Zimmermann schlägt vor, die Beschlussfassung über die vorliegenden DS 214/2011 und 2015/2011 bis zur nächsten Sitzung des Fachausschusses am 15.03.2011 zu vertagen, damit auch die Fraktionen beraten können.

Die Fachausschussmitglieder stimmen bei 1 Enthaltung mehrheitlich dafür.

zurückgestellt

**zu TOP 7 Nachtragsfortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für den Landkreis Stendal
hier: Grundschule Sanne und Grundschule "Nord" Stendal
Vorlage: 215/2011**

- siehe Diskussionsbeiträge zu TOP 6

zurückgestellt

zu TOP 8 Anfragen und Hinweise

Herr Janas bittet um die Beantwortung seiner Fragen, die er am 03.02.2011 auf dem Kreistag gestellt hat. Darin geht es hauptsächlich um die Ausstattung des Hauses D des Markgraf- Albrecht- Gymnasiums Osterburg, das zur Zeit saniert wird.

Frau Theil nimmt dazu Stellung und erläutert:

Es gibt ein Raumkonzept, das im Vorfeld mit dem Lehrkörper abgestimmt wurde.

Es wurde dabei nicht festgelegt, dass neue Ausstattungsgegenstände angeschafft werden, sondern eingelagerte Möbel genutzt werden. Es wurde lediglich verabredet, dass der Musikraum vom ehemaligen Gymnasium Seehausen nach Osterburg umgesetzt wird und für den Kunstraum neue Tische und Stühle angeschafft werden.

Durch Finanzierung über Konjunkturpaket II - Mittel konnten z.B. der 2. Fluchtweg geschaffen, das Dach saniert und Energiesparmaßnahmen durchgeführt werden. Die Schlussfolgerung, dass auch eine neue Ausstattung angeschafft wird, ist falsch. Dem ist mitnichten so.

Im Zuge der Baumaßnahme wurden auch die Anschlüsse für interaktive Tafeln und den Brennofen gelegt, aber ohne Zusage, wann diese beschafft werden können. Diese wurden vorsorglich mit verlegt, um später die Anschlussmöglichkeiten zu haben, um nicht wieder alles aufzureißen zu müssen.

Der Brennofen konnte bisher nicht in den Haushaltsplan aufgenommen werden, da bei jeder Investition die Unabweisbarkeit geprüft wird. Im Jahr 2010 wurden von den 131.000 € beantragten Mitteln für Schulausstattung lediglich 98.000 € genehmigt und hier konnte zumindest das Computerkabinett im Markgraf –Albrecht-Gymnasium mit einer Summe von ca. 15.000 € für die Ausstattung beauftragt werden. Mehr war im Jahr 2010 nicht möglich.

Für das Jahr 2011 sind von den 262.000 € beantragten Mitteln lediglich 84.000 € in dieser Haushaltsposition verblieben.

Es wird jede Position hinterfragt und es ist sehr schwierig zu entscheiden, welche Anschaffungen mit den wenigen Mitteln durchgeführt werden.

Inzwischen hat mit dem Schulleiter, Herrn Dr. Müller und dem stellvertretenden Schulleiter, Herrn Schulz am 14.02.2011 ein Gespräch stattgefunden, wo noch einmal detailliert die einzelnen Probleme diskutiert wurden. Es ging hier insbesondere um Schränke und Regale, die für das Kunstkabinett dringend benötigt werden. Es wurde u.a. erklärt, dass ein Betrag von ca. 4.200 – 4.500 € aus dem Vermögenshaushalt als Mittelübertrag aus dem Jahr 2010 dafür beantragt wird. Die Entscheidung dazu ist abzuwarten. Die Schule muss aber dazu selbst eine Priorität festlegen, was von diesem Betrag erworben werden sollte.

Zu den Tischen und Stühlen für den Kunstraum ist folgendes zu sagen:
Hier ist ein Fehler bei der Lieferung durch die Firma erfolgt, der jedoch geheilt wird.
Bis zur Inbetriebnahme zum 01.04.2011 soll der Umtausch erfolgt sein, so dass dann die gewünschten Tische (75 cm x 75 cm) da sind.

Zu der Anfrage, warum gerade in Osterburg gestrichen wird und ob bei der nächsten Investition in der Sekundarschule Osterburg auch mit derartigen Problemen zu rechnen ist, kann folgendes gesagt werden:

Gemäß dem Zuwendungsbescheid vom 28.12.2010 sind für die Schulausstattung nur Neuinstallationen als förderfähig anerkannt, ansonsten ist auch hier mit der vorhandenen Ausstattung zu arbeiten.

Herr Janas entgegnet darauf, er habe für alles Verständnis. Es sind jedoch Absprachen mit den Kollegen geführt und Vorschläge unterbreitet worden. Wir haben gesagt, wir wollen das Gebäude. Man müsse sich nun die Frage stellen, was erreicht wurde. Es sind seiner Ansicht nach Sachen da, die man nicht nutzen kann. Die Musiklehrer hätten ihm gesagt, die Instrumente seien besonders staubanfällig und es ist mit späteren Reparaturen zu rechnen, wenn es keine Schränke gibt. Und dass es keine neuen Tafeln gibt, sondern die aus dem Bestand des Stendaler Berufsschulzentrums genommen werden sollen, findet er auch nicht in Ordnung. Er fragt sich, ob es wirklich nötig ist, alte Sachen dort wieder zu installieren.

Frau Theil verweist nochmals auf die zur Übertragung beantragten Haushaltsmittel 2010 und die damit der Schule übertragenen Prioritätensetzung. Sie erwidert bezüglich der „alten Tafeln“ für das Musikkabinett, dass dort weiße Tafeln installiert werden und somit kein Kreidestaub verursacht werde.

Frau Braun schlägt vor, wenn die Mittel laut „Wunschzettel“ der Schule dieses Jahr nicht bereitgestellt werden können, sie für das nächste Jahr mit einzuplanen.

Herr Janas möchte eine Liste, wo was gestrichen wurde im Vermögenshaushalt. Es wurde gesagt, das Amt habe für 2011= 262.000 € Mittel beantragt. Es wurden Runden gemacht, wo Streichungen vorgenommen wurden. Das ist ihm zu allgemein. Er möchte wissen, welche Sachen gestrichen wurden.

Frau Dr. Bergmann erwähnt darauf, dass das ein interner Prozess sei. Sie bietet ein Gespräch an, denn das führt hier zu weit.

Frau Braun meint auch, das führt zu weit. In den 90-ziger Jahren sind z.B. Millionen Investitionsmittel in das Winkelmann Gymnasium Stendal und das Berufsschulzentrum Stendal geflossen und jahrelang Kapazitäten dafür gebunden worden. Damals habe man dem zugestimmt. Heute habe man aber nicht mehr diese finanziellen Mittel und die politische Situation hat sich seitdem verschärft.

Sie erwähnt noch den heutigen Zeitungsartikel über einen Rundgang durch das Hildebrand-Gymnasium Stendal durch die Ministerin Prof. Dr. Birgitta Wolff und den 100. Geburtstag der Schule am 04.04.2011.

Da es keine weiteren Anfragen und Hinweise gibt, schließt die Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung und dankt der Presse für die Teilnahme.